

Ulrich Ruschig

Simulierte Warenproduktion – ein akademischer Tanz ums goldene Kalb

Wissenschaftliche Arbeit und ihre Produkte sind konkret, konkret in einer Vielfalt und Spannweite wie zum Beispiel: ein Baudelaire-Gedicht zu verstehen oder die Energieterme im Wasserstoffatom ausrechnen zu können. Als konkrete Produktionen sind sie voneinander verschieden; es findet sich kein Abstraktionsverfahren, das aus solch verschiedenartiger Qualität ein gemeinsames Maß gewönne. Wissenschaftliche Arbeitsprodukte sind, weil Resultate einer gattungsgeschichtlich akkumulierten Arbeit, allgemein, gehören damit zunächst der Gattung an und sollten wahr sein. Aus dieser formalen gemeinsamen Gestalt kann jedoch kein Maßstab zur vergleichenden Beurteilung des Inhalts wissenschaftlicher Arbeit und damit keine Maßgröße hergeleitet werden, die sie steuern könnte – die etwa für das Baudelaire-Gedicht eine höhere Maßzahl ermittelte als für das Wasserstoff-Atom. Soweit die inhaltlich-gegenständliche Seite der Produkte wissenschaftlicher Arbeit betrachtet wird, nämlich die ›Gebrauchswertseite‹ von ästhetischer Erfahrung oder von naturwissenschaftlicher Erkenntnis, erweisen sich diese Produkte als miteinander inkommensurabel. Auf der Gebrauchswertseite entsteht auch kein Interesse, sie kommensurabel zu machen, im Gegenteil: Aus dem Kelche des Geisterreiches wissenschaftlicher Arbeit schäumt – frei nach Hegel bzw. Schiller – die Unendlichkeit menschlicher Produktivität (vgl. Hegel 1807/1980, 434). Dieser unendliche Erzeugungsprozess, maßlos, weil ohne quantitative und qualitative Beschränkung, erzeugt nicht aus sich heraus eine einheitliche und allgemeine Maßgröße, die ihn steuern könnte. Und da wissenschaftliche Arbeit es mit sich bringt, dass die der Möglichkeit nach in der Zukunft zu entdeckenden Resultate nicht schon in der Gegenwart als bestimmt identifizierbare vorhanden sind, was im synthetischen Charakter forschender Tätigkeit begründet liegt, ist auch eine Steuerung über Ziele nicht möglich.

Inkommensurables kommensurabel machen!

Die aktuelle Hochschulreform setzt ein paradoxes Unterfangen in Szene: wissenschaftliche Arbeit, die an den Universitäten doch stattfinden sollte (vom naturwissenschaftlichen Erkennen bis zur reflektierten ästhetischen Erfahrung) und die an sich inkommensurabel ist, wird kommensurabel *gemacht* – und damit funktionabel und austauschbar. Mechanismen werden installiert, die den Produkten wissenschaftlicher Arbeit über deren Gebrauchswert hinaus einen Wert implantieren, einen Wert, durch den prinzipiell Nicht-Kommensurables in Äquivalenzrelationen eingesetzt werden kann. Wodurch ist dieser installierte Wert bestimmt? Zunächst durch Wertschätzung. Nicht mehr zählt wissenschaftliche Arbeit als solche (= ihr Gehalt), sondern ihre (subjektive)

Wertschätzung durch andere (die ›anderen‹ sind sog. *peers*, die in Konkurrenz zu dem zu Bewertenden stehen), dokumentiert in anfangs qualitativ anmutenden Berichten – was fälschlich ›Evaluation‹ genannt wird. In Wahrheit handelt es sich nämlich nicht um die Aus- bzw. Bewertung eines schon vorhandenen ›Werts‹, sondern um eine Hineinwertung oder um die Übersetzung in ›Wert‹: *Invaluation*. So buchstabiert sich ›Reputation‹; eine solche wird so – auf Weisung des Staates – systematisch und zwangsweise *generiert*. Doch um zur Steuerung zu taugen, müssen diese (an der Oberfläche) qualitativen Berichte in quantitative Rankings übersetzt werden. Mithin wird die Wertschätzung *quantifiziert*. Maßzahlen werden aus irgendwie verfügbarem oder erhebbar material *hergestellt*, wie etwa aus der Zahl der Veröffentlichungen, gewichtet nach referierten und nicht-referierten Zeitschriften und verpunktet bis hin zu den Seitenzahlen der Veröffentlichungen, oder aus der Zahl der Nennungen im *Science Citation Index*. Auch der absolute Betrag an eingeworbenen Drittmitteln (in €) wird zur Maßzahl.

Nun räumt jeder ein, dass eine bestimmte Maßzahl zur Charakterisierung des Werts wissenschaftlicher Arbeit wenig aussagekräftig ist. Die Vielheit der Maßzahlen jedoch, wenn nur die Gewichtung der allesamt wenig aussagekräftigen Maßzahlen untereinander stimmte – worüber allerdings ein ›wissenschaftlicher‹ Streit entbrennt –, soll den ›Wert‹ darstellen können, wobei dieses Verfahren der Wertdarstellung offen ist, weil immer neue Maßzahlen mit immer neuen Gewichtungsvorschlägen hinzukommen. Fest steht lediglich, *dass* es einen solchen ›Wert‹ geben *soll*. Deswegen wird das Wertdarstellungsverfahren auch nicht aufgegeben; vielmehr ist es als eine unendliche, der Willkür der ›Interessen‹ ausgesetzte Aufgabe eingerichtet. Mit Hilfe dieses durchaus steuerbaren Ensembles von Maßzahlen wird ein merkwürdiges Quidproquo installiert: *an die Stelle wissenschaftlicher Tätigkeit tritt ein ›Wert‹.*

Zur Erinnerung: Das Wert-Sein und das Quidproquo – Wie werden Abstraktionen wirklich?

Der gesellschaftliche Charakter der *Arbeit* wird zu einer gesellschaftlichen *Natur*-eigenschaft produzierter *Dinge* verkehrt. Deswegen erscheint das Verhältnis der produzierenden Menschen zur Gesamtarbeit als ein außer ihnen existierendes Verhältnis von Dingen (Marx, 23/109). Den in dieser Weise mystifizierten Arbeitsprodukten kommt ein Wert-*Sein* zu, als handelte es sich dabei um eine gegenständliche Eigenschaft. Dieses Wert-*Sein*, systematisch fortschreitend, gewinnt im Geld gesellschaftliche Härte. Die bürgerliche Gesellschaft kreiert mit der abstrakt menschlichen, gesellschaftlich notwendigen Durchschnittsarbeit einen Maßstab und setzt diesen in der Gestalt des Geldes als das *realisierte* Maß der Werte durch (ebd., 109). Hand in Hand mit der gesellschaftlichen Installierung dieses Maßes geht die Umwälzung des gesellschaftlichen Charakters der Arbeit: Die Lohnarbeit wird eingerichtet, und dafür wurde und wird die lebendige Arbeit gewaltsam zugerichtet, eben zur doppelt befreiten Ware Arbeitskraft, befreit aus direkten Befehlsverhältnissen wie auch von

Lebens- und Produktionsmitteln. Diese doppelt freie Arbeitskraft schafft, von den Besitzern der Produktionsmittel kommandiert, das Maß der Werte: Abstrakt menschliche Arbeit bekommt gesellschaftliche Realität in der Gestalt eines wie Natur angesehenen und als zweite Natur herrschenden Wert-Seins. Mit diesem Wert-Sein wird das berühmte Quidproquo (ebd., 86) ins Werk gesetzt: Ein Rock steht für den Wert der Leinwand, ein Geldschein steht für das allgemeine Äquivalent (und damit als ein dingliches Maß für das Abstraktum ›abstrakt menschliche Arbeit‹), Arbeitslohn steht für die Reproduktion der Arbeitskraft (und wird systematisch als Wert der geleisteten Arbeit missverstanden), Kapital steht für die gewaltsam angeeignete und unbezahlte Mehrarbeit der beschäftigten Arbeiter.

Gilt dieses Quidproquo gleichermaßen für die wissenschaftliche Arbeit, wo doch dieser Arbeit die angesprochene Besonderheit zukommt, allgemeine Arbeit zu sein? Wenn nein, wie kommt dann die wissenschaftliche Arbeit – und zwar sowohl sie selbst, insofern sie Arbeitsvermögen ist, als auch ihre Produkte – zu einem ›Wert‹? Warum soll sie überhaupt einen solchen in dieser bürgerlichen Gesellschaft über kurz oder lang erhalten (für das ›dass‹ sprechen die oben erwähnten Maßzahlen)? Wie wird die subjektive Wertschätzung durch andere (die Meinung der *peers*) zu einer objektiven, die wissenschaftliche Arbeit kennzeichnenden und bestimmenden, sie zuweilen bis zur Vernichtung entwertenden Größe? Wie kommt hier das Geld ins Spiel? Wie die ›Vergeldung‹ der produktiven Arbeit im kapitalistischen Produktionsprozess funktioniert, ist theoretisch einfach und geklärt: Abstrakt menschliche Arbeit ist an sich eine lediglich gedachte Abstraktion. Dieses Abstraktum muss – wenn es denn muss, ein ›Muss‹ vom Standpunkt der entwickelten bürgerlichen Gesellschaft aus – Wirklichkeit werden. Doch wie geht das: den Abstraktionen Wirklichkeit verschaffen? Abstraktionen machen das nicht von selbst; aus der Abstraktion ›Arbeit schlechthin‹ wird nicht von selbst Werts substanz, eine die gesellschaftlichen Verhältnisse bestimmende objektive Größe. Bedingung für das In-Realität-Setzen von Wert (genauer: die Erschaffung des Wertmaßes und die Schöpfung neuen Werts) ist die Lohnarbeit, welche ihrerseits die gewaltsame Zurichtung der lebendigen Arbeit zu einer Ware voraussetzt, d.i. zu einem mit Wert phantasmagorisch (ebd., 86) verknüpften Etwas (zu der Ware Arbeitskraft). Nur wenn das Arbeitsvermögen selbst Wert (geworden) ist, kann der Verwertungsprozess funktionieren. Umgekehrt ist dieser Verwertungsprozess, und zwar in der Gestalt der durchgesetzten reellen Subsumtion¹ der lebendigen Arbeit unters Kapital, Bedingung dafür, dass der lebendigen Arbeit ein als jene abstrakt menschliche Durchschnittsarbeit bestimmbarer Wert zukommt. Diese reelle Subsumtion ist nun nicht aus dem Begriff des Werts resp. des Kapitals deduzierbar, sondern stellt einen Prozess dar, in den dazu heterogene Momente eingegangen sind.

1 Vgl. Marx, 23/446: Erst mit der reellen Subsumtion ist der »spezifisch kapitalistische Charakter« (ebd., 766), »die spezifisch kapitalistische Produktionsweise« hergestellt.

Wert-Sein und Quidproquo – in analogiam hergestellt

Bei der wissenschaftlichen Arbeit ist das offenkundig anders (gemeint: bei der wissenschaftlichen Arbeit in den Universitäten; ein Informatiker in einem IT-Unternehmen hingegen ist produktiver Lohnarbeiter, der Mehrwert produziert und dessen Arbeit reell subsumiert ist, wodurch seine Arbeitskraft eine Ware und deren Wert eine durch den funktionierenden Verwertungsprozess in die Realität gesetzte Größe ist). Die Produkte der wissenschaftlichen Arbeit sind keine Waren, folglich kann von einer Verwertung nicht die Rede sein, folglich findet auch keine reelle Subsumtion statt (die Mechanismen der Produktion des relativen Mehrwerts können trivialerweise nicht greifen), folglich ist auch die lebendige wissenschaftliche Arbeit nicht ein mit einem Wert phantasmagorisch verknüpftes Etwas (eine *hergestellte* Ware Arbeitskraft). All das, was für die produktive Arbeit gang und gäbe ist (und was aus den dargelegten theoretischen Bestimmungen folgt): die Kommensurabilität der Arbeitskräfte (damit ihre Funktionalisierung und Austauschbarkeit), das Wert-Sein-Herstellen, die ›Vergeldung‹ von lebendiger Arbeit und deren Produkten, all dies kann so für die lebendige wissenschaftliche Arbeit nicht zutreffen, weil dafür die Grundlagen, die sog. ursprüngliche Akkumulation und die reelle Subsumtion der Arbeit unters Kapital, fehlen. Der Clou der aktuellen Hochschulreform liegt nun darin, obwohl diese Grundlage nicht existiert, dennoch die wissenschaftliche Arbeit (d.i. das unendliche Schäumen aus dem Geisterreich menschlicher Produktivität) in sich kommensurabel zu machen, ein ›Wert-Sein‹ derselben herzustellen – *in analogiam* zu dem ›echten‹ kapitalistischen Wert (abstrakt menschlicher Arbeit), eine Analogie, die dann hergestelltes ›Wert-Sein‹ und ›echten‹ Wert miteinander kompatibel macht – also: die wissenschaftliche Arbeit und deren Produkte zu ›vergelden‹.

Wie der Staat einen ›Wert‹ und die Konkurrenz, um die Erzielung von ›Wert‹ installiert

Einen Wert herzustellen ohne die dafür notwendige Grundlage, dieses Problem löst die bürgerliche Gesellschaft mit der Methode, die immer funktioniert, wenn ihr Gesamtinteresse vorankommen soll, die ökonomischen Mechanismen aber nicht ausreichen: mit staatlicher Gewalt. Eine staatlich-bürokratische Planungsbehörde (zu ihrer organisatorischen Gestalt und anwachsenden Macht s.u.) entwirft Kennziffern zum Kommensurabel-Machen, implantiert der wissenschaftlichen Arbeit und deren Produkten ein ›Wert-Sein‹ und installiert über die ›Vergeldung‹ wissenschaftlicher Arbeit die Konkurrenz innerhalb der Disziplinen und zwischen den Disziplinen.

Kleiner Exkurs in die Universitätsgeschichte zum Verhältnis von (staatlich zuge- teiltem) Geld und wissenschaftlicher Arbeit: Lange Zeit war dieses Verhältnis ein der wissenschaftlichen Arbeit äußerlich bleibendes. Bis vor 10 Jahren herrschte an den Universitäten das, was kameralistische Haushaltsführung genannt wurde. Der Staat stattete die Uni mit Stellen und Geld aus; Stellen und Geld, wenn einmal ausgehandelt, waren fix, sicherten den Bestand eines Faches und konnten nur in Neuverhandlungen

geändert werden, wobei der Staat, wenn er kürzen wollte, dem Vorwurf des herrschaftlichen Eingriffs in die ansonsten beschworene Wissenschaftsfreiheit ausgesetzt war. Der Archäologie-Lehrstuhlinhaber bezog dasselbe Gehalt wie – und sogar, wenn er einen Ruf abgelehnt hatte, ein höheres als – der Inhaber des Lehrstuhls für Technische Chemie. Ansonsten – also innerhalb des starren Haushaltsvolumens und unter Voraussetzung der Restriktion durch das äußerlich festgelegte Finanzvolumen – gab es Freiheit für die Wissenschaft. Unabhängig davon, ob ein Institut gar keine, wenige oder viele, einfache oder schwierige, unliebsame oder willkommene Resultate erzielte, blieben die Finanzmittel eine Konstante. Deren Veränderung durch den ›output‹ wäre als Eingriff des Staates in die Freiheit von Forschung und Lehre interpretiert und zurückgewiesen worden. Vonseiten des Staates hoffte man, dass die Indienstnahme der in Freiheit forschenden Universitätswissenschaftler funktioniert – was die Herstellung von wissenschaftlich qualifizierten Arbeitskräften für das Kapital und von brauchbaren Forschungsergebnissen anbetrifft.

Solcherart Indienstnahme freier, wissenschaftlicher Arbeit war deutlich effektiver, als es jeglicher unmittelbare, Gebrauchswerte steuernde Zugriff des Staates auf die Inhalte wissenschaftlicher Arbeit gewesen wäre, und funktionierte über ein Jahrhundert lang – heutzutage funktioniert sie nicht mehr (aus weiter unten angesprochenen Gründen, die sowohl auf der indienstnehmenden Kapitalseite als auch in der immanenten Entwicklung der Wissenschaften selbst liegen). Was aber auch nicht funktioniert, ist die Indienstnahme wissenschaftlicher Arbeit durch den kapitalistischen Verwertungsprozess. Ökonomische Mechanismen des In-die-Realität-Setzens von Wert können durch die universitäre wissenschaftliche Arbeit (ohne weitere Zusätze) nicht zum Laufen gebracht werden. Denn die Resultate dieser wissenschaftlichen Arbeit sind nicht Waren – ein Resultat, einmal erkannt, ist für alle erkannt, damit von allen anwend- und verwertbar; eine Publikation unterscheidet sich von einem Computer, der Privateigentum sein und *nur als solches* Warenkapital resp. *capital fixe* werden kann. Deswegen kann auch nicht die Steuerung über Kredit funktionieren. Angenommen, die Universitäten bekämen Kredit, dann müssten sie bei den Banken um den Kredit konkurrieren. Sie konkurrierten über die Zinsen, die die Bonität dieser Schuldner widerspiegeln – eine eigentümliche Konkurrenz, denn woraus sollten die Universitäten den Kredit zurückzahlen, wenn der Kredit in den Universitäten prinzipiell keine Wertschöpfungskette in Gang setzt, die im Erfolgsfall dem Kredit erst Wertrealität verschafft?

Also: Die (traditionelle) Kameralistik funktioniert nicht mehr; das für den Kapitalismus so normale wie zentrale In-die-Realität-Setzen von Wert geht nicht, weil wissenschaftliche Arbeit keine Lohnarbeit ist und keine Mehrwertproduktion initiiert; Kredit geht nicht, schlicht weil eine Bank, die die Uni kreditierte, pleite ginge. Wie aber geht es? Durch die Implantierung eines Zuteilungsgeldes – nach einem gesteuerten Wettbewerb. Es ist eine besondere Art Geld, welches nur auf der Ausgabenseite als kapitalistisch-normales Geld funktioniert, als Euros, die z.B. für einen Computer dessen ganz kapitalistisch-normal zustande gekommenen Marktpreis bezahlen. Wodurch aber wird dieses ›Geld‹ eingenommen? Wie entsteht es in der Universität?

Erfolgsplan-Geld regiert die Uni-Welt

Aufmerken lässt eine Begebenheit aus dem Senat der Universität Oldenburg: Der Haushaltsplan der Universität wird vom Präsidenten vorgelegt. Ganz oben, wo der Gesamtbetrag (in €) genannt wird, der in die Uni reinkommt (vom Land, erst die zweite Spalte sind die Drittmittel, die von der DFG, von der Industrie etc. gezahlt werden), steht auf einmal, ohne dass das Präsidium dies erläutert, ein anscheinend sich selbst erklärender Terminus: »Erfolgsplan«. Früher stand da einfach »Haushalt der Universität Oldenburg« (in €), jetzt: »Erfolgsplan« (in €). Uni-Geld *ist* Erfolgsplan. Was heißt das? Geld ist, so kennen wir das, allgemeines Äquivalent, das die Gestalten von Münze, Papiergeld, Giralgeld, Kredit gewinnt und gewinnen muss. Als Kredit ist das Geld fiktiv (Marx, 25/493f), was aber zunächst nicht hindert, wenn man eben Kredit hat, dieses fiktive Minus-Geld wie wirkliches Geld zu verwenden; der Kredit wird in die Welt gesetzt, bevor dasjenige, was die Wertschöpfung erst darstellt, die zukünftige Mehrarbeit in der Gestalt von Profit, erzielt ist. Erfolgsplan-Geld ist definitiv nicht Kredit (fiktives Geldkapital), vielmehr ist es eine *neu geschaffene Gestalt des Geldes*, es ist das von der universitären Planungsbehörde installierte Uni-Geld. Dabei ist die Bezeichnung »Erfolgsplan« nicht bloß ideologischer Begriff, sondern vielmehr adäquate Bestimmung der neuartigen Uni-Steuerung. Geld *ist* Planungsgröße, Planungsgröße *ist* Geld oder vielmehr *wird* Geld. Die Planungsgröße (genauer: die Maßzahl für die Erfüllung einer Planungskennziffer) setzt Geld in die Welt, spricht in die Etats der Unis und, nach unten dann gliedert, der Institute.

Der vom Land der Uni zugeteilte Gesamtbetrag ist zunächst »normales« Geld, es sind »normale« Euros, die vom Staat als Steuern einkassiert werden. Die Planungsbehörde verwandelt den Normalgeld-Gesamtbetrag in einen Planungs-Geld-Gesamtbetrag (nicht ohne dreiste Ideologie – die mit »Erfolgsplan« bezeichnete Summe wird jährlich abgesenkt). Bezogen auf diesen Planungs-Geld-Gesamtbetrag soll jedes Institut sich als seines Glückes Schmied betrachten, nämlich durch Planungsgrößen-Erfüllung bei sich selbst Planungs-Geld generieren zu können, wobei jede Planungs-Geld-Generierung bei einem anderen Institut Planungs-Geld-Vernichtung auslöst – ohne Globalhaushalt keine Konkurrenz. Die Umwandlung in ein innerhalb der Unis regierendes Planungs-Geld ist ein Dreh, der die staatliche Herrschaft zu faszinieren scheint. So wird geplant, auch auf der Einnahmenseite der Universitäten, nämlich der Zuteilung eines Gesamtbetrags vom Land, diese Umwandlung vorzunehmen, so dass künftig die Universitäten eines Landes untereinander um das Planungs-Geld konkurrieren dürfen. Indem beim Gehalt für Professoren etwa ein Drittel über dieses Planungs-Geld abgerechnet wird, ist ein neuartiger Schritt zur Indienstnahme der wissenschaftlichen Arbeit gelungen.

Fallbeispiele für die Steuerung durch Erfolgsplan-Geld

Angenommen, ein Institut habe am 1.1. eines Jahres einen durch die universitäre Planungsbehörde ermittelten Betrag von 20000 € Erfolgsplan-Geld auf dem Konto. Es kann dieses Geld ganz normal (Ausgabenseite) als Zirkulations- und

Zahlungsmittel verwenden, Papier und Telefon bezahlen, Hiwis, Computer, muss es sogar, darf damit ja nicht an die Börse gehen. Die 20000 € sind nicht Kredit – davon könnte man ja mehr aufnehmen, bessere Zinsen raushandeln –, sondern Planungs-Geld – ein Zuteilungsgeld nach Indikatoren alias Kennziffern. Die Planungsbehörde legt die Art der Indikatoren und ihre Gewichtung gegeneinander fest; sie sammelt die Daten, nach denen sie dann feststellt: Das Institut A erfüllt den Indikator x durch die Maßzahl n. Da die vom Institut A »erwirtschaftete« (so die Ideologie der Planungsbehörde) Maßzahl n innerhalb des dem Indikator x insgesamt (= allen Instituten) zugewiesenen Planungs-Geldes, das eben qua Globalhaushalt gedeckelt ist, nur anteilig Anspruch auf Zuteilung erwirbt, ist gewährleistet, dass das an der einen Stelle geschaffene Erfolgsplan-Geld an der anderen Stelle wieder vernichtet wird. (Das Institut für Chemie wird angestachelt, viele eigene Promotionen zu produzieren, zugleich aber auch Promotionen andernorts zu verhindern.) Die Maßzahl n für den Indikator x (im Beispiel: Promotionen) ist Geld (für das Institut, das mit der Maßzahl n den Indikator x erfüllt).

Dieses Zuteilungsgeld nach Indikatoren erinnert an das DDR-Geld; was heute »Indikator« ist, hieß früher »Kennziffer«. DDR-Kombinate wurden mit »Geld« in dem Maße versorgt, wie die Kennziffern erfüllt waren, genauer: wie die Planungsbehörde die Maßzahlen für die Erfüllung feststellte. Eine Kennziffer war z.B. »Stahl in Tonnen«. Stimuliert durch den Kennziffer-Anreiz wurde dann tonnenweise Stahl produziert und in der Folge alles mit so viel Stahl und so schwer wie möglich. Je mehr Stahl produziert werden konnte und von der Planungsbehörde als produzierter Stahl in Tonnen notiert wurde (was nicht immer deckungsgleich war), desto mehr von dem Planungs-Geld war auf dem Konto. Eine Planungsbehörde – sei es in der damaligen DDR, sei es in der heutigen Uni –, welche die Kennziffern sowie deren Gewichtung festlegt und die Daten über die Kennziffer-Erfüllung feststellt, gewinnt Macht über diejenigen, die zur Kennziffer-Erfüllung verdammt sind, wollen sie nicht, dass ihre Arbeitsbedingungen massiv verschlechtert werden.

Hieraus erklärt sich erstens der massive Ausbau der universitären Planungsbehörden in den letzten 10 Jahren – prima vista schon erstaunlich angesichts dessen, dass die Haushaltsstellen für Forschung und Lehre gekürzt wurden –, zweitens ihre hierarchische Organisation – in Oldenburg gibt es direkt dem Präsidium unterstellte »Stabsstellen« (sic! die militärische Assoziation ist gewollt) für »Controlling«, »Evaluation und Akkreditierung«, »Qualitätssicherung«, »Kapazitäten und Ausstattungsplanung« usw. – und drittens die prinzipielle Anfälligkeit für Korruption. Der Etat eines Uni-Instituts (so wie vormals der eines DDR-Kombinats) stellt Kennziffer-Erfüllung dar, was besagt: Jeder im Etat stehende Euro repräsentiert eine mit der Maßzahl n erfüllte Kennziffer x. Verglichen mit dem Erfolgsplan-Etat des Vorjahres lässt sich an den Euros ablesen, wo es mit der Kennziffer-Erfüllung hapert und wo sich das Institut in der Konkurrenz mit den anderen »auf einem guten Wege« befindet. Eine Doktorarbeit etwa ist nach Kennziffer (alias Indikator) – sagen wir – 1500 € »wert«. Wurde sie 2005 abgegeben, dann stehen dafür im Erfolgsplan der Jahre 2006, 2007 und 2008 (eine dreijährige Nachhaltigkeitswirkung wird von

der Planungsbehörde konzediert, jedoch kein längeres Ausruhen auf Lorbeeren) jeweils 1 500 €. Dieser ›Wert‹ einer Dissertation ist allerdings noch fachabhängig. Die Planungsbehörde der Uni legt nämlich ›Spreizungsfaktoren‹ für die Fächer fest, so dass in einem als Looser-Studiengang bewerteten Fach wie Germanistik eine Doktorarbeit nicht 1 500 € Erfolgsplan-Geld ergibt, sondern 1 500 € dividiert durch den Looser-Malus-Faktor 2,5.

Wie aber funktioniert die Steuerung durch das Erfolgsplan-Geld? Man betreut eine Doktorarbeit. Bei der Lektüre des Textes stellt man fest, dass man als Betreuer noch Arbeit hineinstecken müsste. Dies lässt man aber lieber sein, denn erstens wird diese eigene zusätzliche Arbeit nicht zu Erfolgsplan-Geld. Einfacher (zeitökonomischer, *time is money*) ist es, durch Gespräche mit gleichermaßen unter Erfolgsplan-Druck stehenden Kollegen die Dissertation durchzubekommen. Zweitens gibt es keinen Aufschub bei der Auszahlung von Erfolgsplan-Geld, was bei der eigentlich erforderlichen Überarbeitung zu befürchten wäre. Oder: Stellt ein Institut eine Frau statt eines Mannes ein, dann gibt es 2 000 € Erfolgsplan-Geld (die Frauenprämie = Erfüllung des Indikators ›Frauenförderung‹) – nachhaltig für drei Jahre. Oder (finanziell gewichtiger): Für jeden eingeworbenen Drittmittel-Euro gibt es – sagen wir – 0,1 € Erfolgsplan-Geld. Diese Steuerung funktioniert in zweifacher Art und Weise: a) (positiv). Je nach Erfolg auf dem Drittmittelanbieter-Markt werden Institute mit Erfolgsplan-Geld ausgestattet, eine schon im Matthäus-Evangelium beschriebene Steuerungsart: »Denn wer da hat, dem wird gegeben werden, und er wird die Fülle haben ...« (Mt 25,29). b) (negativ). Denjenigen, die keine (oder wenig) Drittmittel einwerben, wird Erfolgsplan-Geld entzogen, da auch die dem Indikator ›Drittmittel‹ insgesamt zugeteilte Erfolgsplan-Geldsumme gedeckelt ist, so dass jede einzelne Zuteilung für die Drittmittel-Erfolgreichen einen Schaden bei den Drittmittel-Erfolglosen verursacht. Da staatliche Hochschulpolitik auf die regulierende Wirkung einer dosierten Abkehr von der sog. Vollfinanzierung universitärer Forschung setzt und deswegen die Drittmittel-Erfolgreichen, wenn man Drittmittelgeld und Erfolgsplan-Geld summiert – erst mit dieser Summe hat man die ›Fülle‹ oder Vollfinanzierung –, kaum ein Plus machen, bedeuten wenig oder keine Drittmittel-Einwerbung Existenzbedrohung bei den Nicht-Erfolgreichen. So sind die (negative) Drosselung und die (positive) Förderung nur die ebensowohl miteinander verknüpften wie einander entgegengesetzten Effekte einer herrschaftlichen Steuerung, was Matthäus auch schon wusste, wenn er den oben zitierten halben Satz vollendet zu: »... wer aber nicht hat [Drittmittel; U.R.], dem wird auch, was er hat [Erfolgsplan-Geld; U.R.], genommen. Und den unnützen Knecht werft in die Finsternis hinaus; da wird sein Heulen und Zähneklappen« (Mt 25,29-30). Wer in der Vergangenheit Erfolgsplan-Geld ›vergrub‹, d.h. es nicht dazu nutzte, pro Euro Erfolgsplan-Geld x Euros Drittmittel einzuwerben, dem wird der in der Gegenwart verbliebene Rest seines Erfolgsplan-Geldes auch noch genommen zugunsten desjenigen, der in derselben Zeit mit dem ihm zugeteilten Erfolgsplan-Geld »wuchern« konnte. So geht Exzellenzförderung.

Das Subjekt der Steuerung; Vorteile des Fetischismus

Die drei gerade angeführten Fallbeispiele der Steuerung durch Kennziffern (durch die Indikatoren ›Promotionen‹, ›Frauenförderung‹, ›Drittmittel‹) veranschaulichen, dass hinter dem prima vista unsachgemäß, gekünstelt und gezwungen anmutenden Vorhaben, der wissenschaftlichen Arbeit einen ›Wert‹ anzuheften, ein Subjektaus-tausch steckt: Wissenschaftliche Arbeit wird steuerbar durch ihr heteronome Zwecke. Nicht die Wissenschaftler urteilen und beurteilen von der Gebrauchswertseite her (und sind insofern Subjekte des Gattungsunternehmens ›Wissenschaft‹), sondern eine Regulation über den ›Wert‹ bestimmt, was an den Universitäten Wissenschaft ist und was in die Finsternis verbannt wird. Als große wissenschaftliche Leistung (Exzellenz) soll in Zukunft dasjenige gelten, was in der Indikatoren-Sprache große Maßzahlen auswirft. Exzellenz ist so nicht nur messbar geworden, sondern sie wird, weil die Messung dem zu Messenden nicht äußerlich bleibt und der Messwert das Gemessene zu ersetzen sich anschickt, materialiter *zu einer Exzellenz gemacht*, zu einem Etwas, das Exzellenz gerade durch die Ausstattung mit Erfolgsplan-Geld wird und so als eine solche sich ausweisen kann. Exzellenz *ist* Bewertungserfolg. Bewertungserfolg *setzt* sich unmittelbar *um* in Erfolgsplan-Geld. Erfolgsplan-Geld *schafft* Exzellenz. Das Zirkuläre – ›Exzellenz ist bestimmt als dasjenige, was viel Erfolgsplan-Geld auf sich zieht‹ und: ›Was viel Erfolgsplan-Geld auf sich zieht, ist (oder wird dadurch) exzellent‹ – offenbart Sinn und Gehalt des gestifteten Quidproquo, d.h. des verwechselnden ›etwas steht für etwas‹: Der der wissenschaftlichen Arbeit zunächst nur äußerlich zugeordnete und ihr lediglich angeheftet zu sein scheinende ›Wert‹ steht für den Gebrauchswert der wissenschaftlichen Arbeit und damit für diese selbst. Mit diesem An-die-Stelle-Treten, gestiftet durch die Planungsbehörde, ist die ›Wert‹-Größe, mag auch immer eingeräumt werden, dass die Maßzahlen für die Indikatoren sie nicht eigentlich treffen, zu etwas Substantiellem geworden, an dem der Gebrauchswert (und das weitere Wohl und Wehe) des einzelnen wissenschaftlichen Arbeitens samt des einzelnen wissenschaftlichen Arbeiters als davon abhängige Variable hängt.

Für die Theorie macht es einen Unterschied, ob abstrakte Arbeit hinter dem Rücken der Produzenten objektive Werts substanz gewinnt und das daraus resultierende Quidproquo einen rätselhaften, erst zu entschlüsselnden Fetischismus (der Ware, des Geldes, des Arbeitslohns, des Kapitals) hervorbringt oder ob die Planungs-behörde der wissenschaftlichen Arbeit Kennziffern zuordnet, durch Rechnereien einen ›Wert‹ dieser wissenschaftlichen Arbeit ermittelt, das Quidproquo mit staatlicher Macht *installiert* und dann darauf setzt, dass die installierten ›Wert‹-Größen die wissenschaftliche Arbeit regulieren (nicht ohne das ›Wert‹-Ermittlungsverfahren von Zeit zu Zeit nachzujustieren). An der Oberfläche jedoch und für die Praxis der auf den universitären Plan tretenden Unternehmensberater scheint es dasselbe zu sein: An die Stelle des Gebrauchswerts (hier: der wissenschaftlichen Arbeitsprodukte und der wissenschaftlichen Arbeit selbst) tritt ein durch ein gemeinsames Maß (die Kennziffern, letztlich das Zuteilungsgeld) bezifferbarer ›Wert‹, der sie zu regulieren

erlaubt. Diese Analogie an der Oberfläche hat für die Roland Bergers und McKinseys der Welt einen entscheidenden Vorteil: die Einpassung in den *common sense*, dem alles gleich ist und der allein auf das Maß von allem scharf ist, scil. das Geld.

Angestiftete Konkurrenz

Das von der Planungsbehörde installierte Quidproquo (und damit das Kommensurabel-Gemacht-Sein der wissenschaftlichen Arbeit) ermöglicht überhaupt erst die Konkurrenz (den »Wettbewerb«) der einzelnen wissenschaftlichen Arbeiten untereinander – und es scheint so, dass diese Konkurrenz dasjenige, was sie ermöglicht, umgekehrt erst gesellschaftlich härtet: Das von der Planungsbehörde provisorisch Gestiftete wird gerade dadurch peremptorisch gemacht, dass die universitären Wissenschaftler auf der neugestifteten Grundlage gegeneinander konkurrieren. Diese Konkurrenz funktioniert dergestalt, dass die Konkurrierenden auf einen Vorteil in jenem gemeinsamen Maß, dem Erfolgsplan-Geld (= der Bewertung in den Kennziffern), zielen und jeder Vorteil des einen der Nachteil des anderen ist. Diese Wissenschaftler-Konkurrenz setzt so komplizierte, die wissenschaftliche Profilbildung voranbringende Kalkulationen in die Welt wie: Falls wir eine Frau einstellen, bekommen wir kurzfristig (und drei Jahre lang) die vergleichsweise hohe Frauenprämie, dann allerdings von dieser Kennziffer nichts mehr; ist es nicht nachhaltiger, einen Mann einzustellen, der, wenn er drittmittelstärker als die Frau ist, den (kurzfristig) verpassten Betrag der Frauenprämie in sieben Jahren über die Drittmittel-Kennziffer einholt und anschließend überholt? Wenn nun ein Konkurrenzmechanismus gesellschaftlich implantiert ist, der durch das Zielen auf Erfolgsplan-Geld reguliert, dann gilt eben die Gleichsetzung: *Erfolg = mehr Geld* (was die ideologisch gewieften Wortschöpfer benutzten, als sie die Haushaltsgelder einer Uni »Erfolgsplan« taufte). Wer diese Gleichsetzung akzeptiert – und die kapitalistische Produktionsweise sorgt insgesamt ja dafür, diese Gleichsetzung in die Gehirne gleichsam einzubrennen –, der sagt dann auch: *Erfolg in der Konkurrenz* (messbar durch – vermittelt über die Kennziffern – mehr Geld) = *Ausweis von Qualität*. Damit ist ein Beurteilungsmaßstab für wissenschaftliche Arbeit in diese kapitalistische Welt gesetzt, und nicht nur das: Über jenes Quidproquo macht die in dem Maßstab gemessene *Maßzahl* die *Substanz* der wissenschaftlichen Arbeit aus, fürs erste im Bewusstsein der »Akteure«, dann in der Wirklichkeit, wenn die »Akteure« (die in Wahrheit Charaktermasken sind – Marionetten, an jenem Konkurrenzmechanismus hängend) das Substanzlose aus der Uni geworfen und in die Finsternis verbannt haben. Unterlegene Konkurrenten akzeptieren das Urteil, dass sie schlechter seien, *weil* sie in der Konkurrenz verloren haben: *mehr Geld = Ausweis von größerer Qualität, weniger Geld = Ausweis von geringerer Qualität*. So funktioniert die Rückkopplung durch die Konkurrenz, das Härten des Geld-Maßes für die wissenschaftliche Arbeit.

Warum schafft der Staat die Kameralistik ab?

Die neue Hochschulreform besteht im Kern darin, dass der Staat den Unis ein Wettbewerbssystem verordnet, das kraft CHE-Bertelsmann, williger Präsidien und deren Planungsabteilungen sukzessive implantiert und zum Laufen gebracht wird. Funktionieren kann das nur, wenn die wissenschaftliche Arbeit jene doppelte Seite hat und dabei die ›Wert‹-Seite zur bestimmenden gemacht worden ist. Die künstlich hergestellte Kommensurabilität ermöglicht erst die Konkurrenz. Damit sind ›Sachzwänge‹ gesetzt, durch das zugeteilte Erfolgsplan-Geld vermittelte ›Sachzwänge‹. Eine große wissenschaftliche Leistung soll dasjenige sein, woraus sich ein Geschäft machen lässt; das Wettbewerbssystem soll viele solcher Leistungen stimulieren. Doch warum macht der Staat das überhaupt? Warum wird die Kameralistik mit der in ihrem Rahmen gewährten Freiheit für das wissenschaftliche Arbeiten aufgegeben und durch eine ›indikatorengesteuerte Mittelverteilung‹ ersetzt? Kapitale konkurrieren auf dem Weltmarkt, Staaten konkurrieren um Kapitalstandorte. Diese letztere Konkurrenz, als Konkurrenz um die Bedingungen für die Produktion akkumulierbaren Mehrwerts, ist wesentlich eine um Technologien und um Technologie-Entwicklung. Der Staat sorgt für einen effektiveren Einsatz der von ihm zur Verfügung gestellten Ressourcen für die Forschung. Heutzutage ist das, was an vielen naturwissenschaftlichen Instituten der Universitäten stattfindet, überwiegend Technologie-Entwicklung; denn es gibt auch in den sich entwickelnden Naturwissenschaften selbst liegende, also wissenschaftssystematische Gründe, die die Tendenz zur Transformation der Naturwissenschaften in Technologie auslösen (vgl. Bulthaupt 1996). Die Naturwissenschaften sind unabhängig vom Kapitalzweck entstanden und – so zeigt es ihre Geschichte bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts – haben sich, was die Inhalte und sogar die erforschten Gegenstandsbereiche anbetrifft, als weitgehend selbstbestimmt und damit wenig steuerbar erwiesen. Deswegen war der Staat mit der Strategie ›Kameralistik und Freiheit für (naturwissenschaftliche) Forschung‹ klug beraten. Überdies produzierten die in Freiheit forschenden Naturwissenschaftler ja Resultate, die, wiewohl nicht ›bestellt‹, sehr schnell vom jeweiligen Kapital genutzt werden konnten – eine Steuerung war weder erforderlich noch überhaupt möglich. Bei der Technologie resp. der Technologie-Entwicklung hingegen ist es dank der strukturellen Gründe, die jene immanente Transformation auslösen, anders. Technologie-Entwicklung ist prinzipiell steuerbar und die Steuerung, will sich der Staat in der Konkurrenz um Kapitalstandorte behaupten, auch notwendig. Angesichts des fortgeschrittenen Standes der Naturwissenschaften (in den meisten ihrer Gegenstandsbereiche), angesichts dessen, dass die an die Stelle naturwissenschaftlicher Forschung getretene Technologie-Entwicklung ein sehr weites Feld darbietet, und angesichts des für beinahe jede einzelne aus diesem Feld ausgewählte Technologie-Entwicklung nötigen kostspieligen apparativen Aufwandes franste ein ungesteuertes System aus; die im weiten Feld möglich gewordene Wahlfreiheit ruft die staatliche Aufsicht auf den Plan, die sagt, dass heutzutage Technologie-Entwicklung gesteuert werden müsse, und zwar so, dass die Konkurrenz auf dem Weltmarkt

entscheidende ›Spitzen‹technologie auf den Standort gezogen wird. – Soweit zu den Zwecken, die die Installierung eines Regelsystems von Erfolgsplan-Geldzuteilung überhaupt erst in Gang setzen und es dann prägen. Blendet man diese Zwecke aus, erscheint das System als ›Sachzwang‹. Diesem Schein sitzt die Charakterisierung der Hochschulreform als ›neoliberal‹ auf, wenn sie lediglich die Konkurrenz sieht, nicht aber die staatliche Vorgabe für die Konkurrenz, in welcher Vorgabe die Zwecke des Staates stecken.

Reelle Subsumtion der wissenschaftlichen Arbeit unter ein System der Zuteilungsgeld-Steuerung

Die von der Kameralistik gewährten Freiheitsräume werden vom neuen Konkurrenz-System massiv eingeschränkt. Warum lassen die Wissenschaftler sich das gefallen? Warum tanzen sie um das Goldene Kalb und unterwerfen sich in ihrem Tanzen der den Takt schlagenden Planungsbehörde? Um diese Frage zu beantworten, soll der Blick wiederum auf den *prima vista* analogen Prozess bei der körperlichen Arbeit im kapitalistischen Produktions- und Verwertungsprozess gehen, auf den Prozess der reellen Subsumtion unter das Kapital. Und wie bei der Frage nach dem Wirklich-Werden des ›Werts‹ soll auch hier das Besondere durch die Differenz zu jener Subsumtion bestimmt werden. Wendet man – in der Analogie – den Begriff ›reelle Subsumtion‹ auf das an, was jetzt mit der wissenschaftlichen Arbeit passiert, so kann man dies als reelle Subsumtion der lebendigen wissenschaftlichen Arbeit unter ein System der Steuerung über Zuteilungsgeld begreifen (also genau genommen nicht direkt und unmittelbar unter das Kapital; dieses System ist nur vermittelt auf den ideellen Gesamtkapitalisten bezogen). Was war bei der Subsumtion der (produktiven) Handarbeit anders? Der Verwertungsprozess (es gab überhaupt einen!) wurde bestimmend für die gegenständliche Seite der Produktion. Die Produktivkraft der Arbeit wurde zur Produktivkraft des Kapitals (Marx, 23/353); der damit einhergehende Subjektwechsel stachelte diejenigen, denen ihre eigene Produktivkraft aus den Händen genommen wurde, zum Klassenkampf an. Es war das Kapital, das die Standardisierung der Arbeitsverfahren durch die Anwendung der Resultate der Naturwissenschaften und die Herstellung von austauschbarer, qualifizierter Arbeitskraft durchsetzte. Die in diesen Prozessen eingeschlossene Gewalt wurde von den Betroffenen mit Gewalt beantwortet (z.B. Weberaufstände, Maschinenstürmer wie John Ludd; ebd., 451). Sie wehrten sich gegen die technische Umwälzung der Arbeitsprozesse, unterbrachen den Verwertungsprozess und bekämpften das Kapital, weil es die durch die neue Technik ermöglichte erweiterte Kontrolle gegen die Arbeiter einsetzte.

Bei der wissenschaftlichen Arbeit ist das völlig anders: Es gibt keinen Verwertungsprozess; es gibt keinen Klassenkampf; der die Subsumtion durchsetzende Agent ist nicht das Kapital, sondern der Staat (in der Gestalt von Universitätspräsidien und deren Planungsabteilungen); die Produktivkraft der wissenschaftlichen Arbeit wird nicht zur Produktivkraft des Staates (dort gibt es kein *capital fixe*, das Universitätssystem produziert Resultate und Wissenschaftler, die *anderswo*

für Akkumulation sorgen); eine durch die Subsumtion evozierte Umwälzung der technischen Seite des wissenschaftlichen Arbeitens findet gar nicht statt; von maschinenstürmerischer Gewalt gegen Planungsbehörden (z.B. der Zerschlagung von deren Computern) ist nichts bekannt. Zum einen standen und stehen die universitären Wissenschaftler nicht in einem Verhältnis des Klassengegensatzes zu dem sie beschäftigenden Staat – für die lange Periode der Kameralistik, die innerhalb eines gewissen Rahmens Freiheit für das wissenschaftliche Arbeiten einräumte, mag dies die begeisterte Zustimmungserklärung der Professoren der Berliner Humboldt-Universität (darunter die renommiertesten Geisteswissenschaftler des Jahrhunderts) zum Angriffskrieg Deutschlands 1914 belegen. Zum anderen haben sich Universitätslehrer, lange bevor der Staat der wissenschaftlichen Arbeit die kennziffernbasierten Steuerungsmechanismen oktroyierte, aus freien Stücken dem Kapital als wissenschaftliche Stricher angeboten. Der Unterschied zum jetzigen Steuerungssystem ist allein der, dass sie nicht mehr über den Modus ihres Anbietens bestimmen und infolgedessen auch nicht mehr Subjekt der Preisfestsetzung für das Anbieten sind. Die ›Wert‹-Bestimmung der wissenschaftlichen Arbeit geschieht durch ein System, was die Freiheit des Anbietens des so Bewerteten einschränkt. Forscher, die viel anschaffen (einwerben), werden genau deshalb hoch bewertet und so in die Lage versetzt bzw. angereizt, noch mehr anzuschaffen. Dafür werden andere, die weniger »einwerbungsstark« sind, abgewertet und aussortiert. Denn wenn sie die Kennziffern nicht erfüllt haben, können sie ihr Angebot nicht in der erforderlichen Qualität präsentieren; niemand will dann mehr die Dienste von in Ausstattung, wissenschaftlichem Outfit und Ruf derart Depravierten, mögen sie diese Dienste auch noch so bereitwillig und gefügig anbieten. Anschaffen nach Belieben und um jeden Preis – darin läge zu viel individuelle Freiheit. Kennzifferngesteuerte Konkurrenz sorgt auch hier für »Qualitätssicherung« und Beschneidung von Wildwuchs.

Neoliberal? – ein vom Staat installiertes Konkurrenzsystem

Zuweilen werden Ablösung der Kameralistik und Einführung eines kennzifferngestützten Regulationssystems bei der Mittelvergabe für universitäre wissenschaftliche Arbeit als ›neoliberal‹ charakterisiert – selten von Parteigängern, überwiegend von vermeintlichen Kritikern, für die mit der Wortschöpfung ›neoliberal‹ die Kritik auch schon zu Ende ist: ›liberal‹, das sei der böse Manchester-Kapitalismus der Vergangenheit, aus ihm könne Gutes nur entstehen, wenn er durch den Staat, und zwar einen von der Sozialdemokratie beeinflussten Staat, gezügelt und zur sozialen Marktwirtschaft veredelt werde. Nun ist aber – wie schon bemerkt – das Erfolgsplan-Zuteilungsgeld samt implantiertem Konkurrenzsystem der wissenschaftlichen Arbeit *vom Staat* oktroyiert worden; es ist mitnichten ›aus dem Markt heraus‹ entstanden; ›originäre Marktkräfte‹ kommen erst einmal gar nicht vor. Die (gestiftete) Konkurrenz geht um dieses (künstlich geschaffene) Erfolgsplan-Zuteilungsgeld. Die wissenschaftlichen Leistungen, die konkurrieren sollen, sind jedoch keine Waren, die über ihren Preis am Markt konkurrieren (weder bei den Resultaten noch bei der wissenschaftlich

qualifizierten Arbeitskraft). Institute konkurrieren auch nicht als Geldkapitalanleger (über Zinsen, Laufzeiten usw.). Doch wiewohl die Uni *nicht* ›Wirtschaft‹ (d.i. kapitalistischer Verwertungsprozess) *ist*, soll es an der Uni *wie in der* ›Wirtschaft‹ zugehen. Dort in der ›Wirtschaft‹ – und von ihr – wird gesagt, der Wettbewerb, die Konkurrenz am Markt, sei *das* effiziente Mittel, um Leistung zu erzielen, um die natürlichen Ressourcen zu schonen und um summa summarum und in toto für die Menschen das Beste zu erreichen. Das stimmt zwar schon dort – im kapitalistischen Produktionsprozess – nicht, ist aber *die* befestigte Ideologie über dessen Segenswirkung. In Wahrheit kann innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise weder von der Schonung der natürlichen Ressourcen noch von der Beförderung des Glücks der Menschen auf dem Globus die Rede sein. Doch diejenigen, die die Ideologie von der Leistungsorientierung durch Erfolg/Misserfolg am Markt propagieren und auf das universitäre wissenschaftliche Arbeiten ausgedehnt wissen wollen, wissen darüber hinaus auch, dass an den Unis keine Waren produziert werden, die als Waren über den Preis am Markt konkurrieren, und dass Studiengänge oder Forschungsergebnisse keine Kapitalanlagen sind, die als Kapitalanlagen konkurrieren.

»Output«-Steuerung; Controlling

Wenn nun Wettbewerb/Markterfolg/Marktmitterfolg als von der Grundlage kapitalistischen Produzierens, der Verwertung des Werts, ablösbare und auch als abgelöste, durchaus wirksame Wundermittel betrachtet werden, muss man ihnen nur noch – (staats)künstlich – ein analoges Erfolgs-Substrat verschaffen: Also wird der wissenschaftlichen Arbeit ein ›Wert‹ angeschafft, also wird ein System finanzieller Anreize geschaffen und dadurch ein Konkurrieren erst erschaffen, das jenes schräge Quidproquo zur Basis hat. Von daher rührt die an der Uni gedankenlos sich einbürgernde, für Unbefangene allerdings bizarre Rede: »Der finanzielle *Input* muss durch einen *messbaren Output* gesteuert bzw. rückgekoppelt werden« oder auch »Das ›investierte‹ Erfolgsplan-Geld muss sich an Erfolgs-Indikatoren *messen* und durch diese rückkoppeln lassen.« Das ist nun ideologisch leicht dahergesagt, muss jedoch auch bewerkstelligt werden. Was heißt und wie geht: »an Erfolgs-Indikatoren messen«? Beim ›normalen‹ kapitalistischen Produzieren ist der Erfolg/Misserfolg am Markt einfach phänomenal darstellbar – ein Auto ›verkauft sich‹ oder ›verkauft sich nicht‹ (ist zuweilen komplizierter, wenn mit Verlust verkauft wird). Bei der wissenschaftlichen Arbeit ist die ›Messung‹ von Erfolg/Misserfolg nicht phänomenal darstellbar, sondern es bedarf zunächst der Erfindung und maßstabsgeeigneten Konstruktion von Parametern und dann der Messung der auf ›Wert‹-Größen *gebrachten* wissenschaftlichen Arbeit an diesen Parametern. Hier hat die Planungs- und Controlling-Bürokratie ihren Platz, die an die Stelle des Richters ›Markt‹ tritt. Zuweilen gibt die Controlling-Bürokratie gar nicht ihrerseits Parameter vor, sondern fordert denjenigen, dem sie Erfolgsplan-Geld zuteilt, auf, selbst Parameter zu erfinden, an denen der ›Erfolg‹ des zuteilten Erfolgsplan-Geldes zu messen sei, mit der Verpflichtung, eine Selbstevaluation vorzunehmen (d.i. Maßzahlen für die selbst

gesetzten Parameter zu ermitteln und die Veränderung dieser Maßzahlen vor und nach Erfolgsplan-Geld-Anwendung zu dokumentieren). Dieser Selbstreport wird dann von der Controlling-Bürokratie auf Glaubwürdigkeit hin überprüft und mit anderen Selbstevaluations-Reporten von Konkurrenten um das Erfolgsplan-Geld verglichen. Aus der Notwendigkeit, den Richter ›Markt‹ durch Controlling zu substituieren, und aus dem verglichen mit dem Markt komplizierteren Mess-Procedere erklärt sich der massive Ausbau von Planungsbürokratie, was – in Parenthese sei's gesagt – nichts weniger als ›liberal‹ ist. Die Idee des Wettbewerbs offenbart ihre eigentümliche Dialektik: Vom kapitalistischen Produktionsprozess wird die (ideelle) Vorstellung von Wettbewerb schlechthin ab- und losgelöst und zum vielvermögenden Wundermittel hypostasiert; sie wird dann als Mechanismus in eine fremde (d.h. eine nicht-Verwertungsprozess-geprägte) Umgebung implantiert und vermittelt eines (staats)künstlich erzeugten Substrats wirklich gemacht, genauer zu einer Als-Ob-Existenz gebracht (ein Funktionieren, als ob es ›Wirtschaft‹ wäre); in dieser Wirklichkeit erzeugt sie das, was der Wettbewerbsidee widerspricht: eine ausufernde, prinzipiell nicht kontrollierbare staatliche Controlling-Behörde – innerhalb einer als ›autonom‹ oder auch ›zunehmend autonomer‹ ausgegebenen Universität.²

Das System der Konkurrenz um Erfolgsplan-Geld provoziert zum Böse-Werden

In dieser Dialektik liegt der systematische Grund für die auffällige Zunahme an Schmutz, Täuschung, Betrug und Korruption in den Wissenschaften. Abwegig ist es, bei der Begründung für die Zunahme an böartigen Charakteren in der *scientific community* auf anthropologisch verortete Ursachen zurückzugreifen. Das System der indikatoren-gestützten Mittelvergabe eröffnet bislang nicht geahnte Möglichkeiten und Anreize (zum Böse-Werden). Wissenschaftler trimmen Zahlen und werden überhaupt nur deswegen motiviert, Zahlen zu trimmen, weil qua Quidproquo nicht mehr die Sache, sondern der ›Tauschwert‹ zählt, dessen Indikatoren sodann, größtenteils auch ohne wissenschaftliche Resultate, fingiert werden können. Wenn dann noch die Existenz der Wissenschaftler von der Rückkopplung durch den ›Tauschwert‹ abhängig ist, werden Wissenschaftler nicht zuletzt durch im System staatlicher Wissenschaftssteuerung selbst liegende Gründe dazu verleitet, die Wahrheitsliebe ihr fremden Zielen unterzuordnen und damit böse zu werden. Das als Konkurrenz-Aufsicht eingesetzte Controlling ist nun nicht, wie man vom Wort her vielleicht denken könnte, eine Kontrolle oder gar Unterbindung der Verleitung zum Bösen. Im Gegenteil, in der Controlling-Bürokratie ist ihrerseits ein die Tür für Schmutz und Korruption öffnendes Moment von Willkür systematisch verankert. Denn das ›Wert-Implantieren ist ja prinzipiell verkehrt, die Messung an den Maßzahlen für die Indikatoren trifft nie die

2 Wenn es für den freiwilligen Verzicht auf vernünftige Argumentation eines Belegs bedarf, dann mag dazu die Verwendung von ›autonom‹ durch Personen dienen, die angeben, ein Universitätsstudium absolviert zu haben. Heutzutage muss wohl daran *erinnert* werden, dass Autonomie Selbstgesetzgebung der Vernunft bedeutet. Der Demolierung der Begriffe, ob gedankenlos oder mutwillig, folgt die entsprechend demolierte Wirklichkeit auf dem Fuße.

Sache: den Gebrauchswert wissenschaftlichen Arbeitens. Eine solche Falschheit im System lässt sich auch nicht durch ein Controlling der zweiten Stufe beseitigen, weil für dieses Controlling der zweiten Stufe dasselbe gilt wie für das der ersten und ein weiteres Weiterschieben nur in einen *progressus in infinitum* führt. Aufgrund dieser Falschheit im System ist die Controlling-Bürokratie grundsätzlich korruptionsanfällig; solcherart bürokratische Tätigkeit agiert losgelöst von den Gebrauchswerten und betrachtet jedes Beharren auf der Gebrauchswert-Seite wissenschaftlicher Arbeit bloß als eine durch neue Parameter zu beseitigende Störung. Für die bürokratische Tätigkeit kann auch nichts anderes zählen als ein wiederum nur fingierter ›Wert‹, der allerlei Manipulationen herrschaftlicher Art Tür und Tor öffnet. So ist der Hang zum Bösen oder die Verführung zur Korruption systematisch eingebaut: Die Verkehrung in den Triebfedern für das Handeln (die Zurichtung auf ›Wert‹-Größen dominiert den Gebrauchswert) gründet letztlich im (staats)künstlich kreierten Quidproquo.

Literatur

- Bulthaupt, Peter, *Zur gesellschaftlichen Funktion der Naturwissenschaften*, Lüneburg 1996
 Hegel, Georg Wilhelm Friedrich, *Phänomenologie des Geistes* (1807), hgg. v. Wolfgang Bonsiepen u. Reinhard Heede, Hamburg 1980
 Marx, Karl, *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*, Bd. 1 (MEW 23) u. Bd. 3 (MEW 25), Berlin 1969



Bob Jessop
**Kapitalismus,
 Regulation, Staat**
 ISBN 978-3-88619-332-5
 19,50 € [D]

Der Staat als umkämpftes Terrain

Staatstheorie steht im Mittelpunkt einer kritischen Gesellschaftsanalyse, die die sozialen Kämpfe um die Reproduktion und Transformation von Herrschaft beschreibt. Bob Jessop nimmt die Krise des fordistischen Staatsprojekts, die Tendenzen der Aushöhlung, Internationalisierung und Dezentralisierung der keynesianischen Sozial- und Wohlfahrtsstaaten und die Herausbildung neuartiger Governance-Strukturen zum Anlass für eine kritische Ortsbestimmung materialistischer Staatstheorie. In vielfältigen Anschlüssen an Marx, Gramsci, Poulantzas und die französische Regulations-theorie entwickelt er einen ›strategisch-relationalen Ansatz‹, um die Veränderungen von Staatlichkeit, die Dynamiken der Beziehungen von Staat und Gesellschaft und die Verhältnisse von Ökonomie und Politik im aktuellen Kapitalismus exakter bestimmen zu können.

Im Buchhandel oder vom Argument-Versand: Reichenberger Str. 150
 10999 Berlin · Fax: 030 / 611 42 70 · versand-argument@t-online.de

 Argument
www.argument.de